



Pressemitteilung vom 11. Juni 2020 - Sperrfrist 12.00 Uhr

**dbb sh zu öffentlichen Finanzen:  
Die Hand heben für neue Gesetze reicht nicht**

**Nicht nur die aktuelle Entwicklung öffentlicher Finanzen gibt dem dbb Schleswig-Holstein Anlass zur Sorge – auch die politischen Entscheidungsprozesse. „Nur die Hand heben reicht nicht – es muss auch für Hände und Köpfe gesorgt werden, die sämtliche Beschlüsse professionell umsetzen“, mahnt dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp an.**

„Die Pandemie-Phase hat natürlich zu einer Extremsituation geführt – aber das Grundproblem ist nicht neu. Wer Gesetze beschließt und nur hofft, irgendwie schaffen die das in den Behörden schon, verabschiedet sich von einem ehrlichen politischen Gestaltungsanspruch – und von der Verantwortung für die Beschäftigten.“

Wenn für politisch gewollte Aufgaben nicht die erforderlichen Ressourcen vorhanden sind, gebe es nur zwei Möglichkeiten: Aufgaben werden reduziert oder Einnahmen werden erhöht. Denn es gehöre zu den Wesensmerkmalen eines Rechtsstaates, dass er in der Lage ist, bestehende Vorschriften auch zuverlässig umzusetzen.

Anstehende Reformen würden das Problem noch zu verschärfen drohen, zum Beispiel bei der Grundrente, der Kinder- und Jugendhilfe oder der Grundsteuer. „Vor allem aber ziehen dunkle Wolken auf, wenn es um die Gegenfinanzierung der milliardenschweren Zusatzausgaben für die Pandemie geht. Natürlich sind viele dieser Ausgaben – wenn auch nicht alle – gerechtfertigt. Aber es müssen alle bezahlt werden. Vorsorglich stellen wir bereits heute klar, dass beim öffentlichen Dienst nichts mehr zu holen ist.“

Der dbb sh erkennt allerdings an, dass das Land Schleswig-Holstein nur einen begrenzten Handlungsspielraum habe, für vernünftige Verhältnisse zu sorgen: „Die wesentlichen Steuereinnahmen resultieren aus dem Bundesrecht. Und wenn diese wie in den letzten Jahren sprudeln, profitiert vor allem der Bund. Doch anstatt Länder und Kommunen, wo die meisten Aufgaben erfüllt werden, besser auszustatten, wird über Förderprogramme gern bis nach unten durchregiert. Gefördert wird dabei aber vor allem die Bürokratie. Zudem werden Verantwortlichkeiten verwischt und demokratische Prozesse beeinträchtigt. Die Finanzpolitiker von Bund und Ländern sollten sich noch einmal an einen Tisch setzen – denn das geht besser!“

Muhliusstr. 65  
24103 Kiel

Kontakt: Kai Tellkamp

Telefon: 0431.67 50-81  
Fax: 0431.67 50-84  
Mobil: 0177.6563914  
E-Mail: [tellkamp@dbbsh.de](mailto:tellkamp@dbbsh.de)  
Web: [www.dbbsh.de](http://www.dbbsh.de)

Pressedienst